

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags u. wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Redaktion u. Expedition: Köln, Bentloerwall 9. Fernsprech-Nr. A 8538. —
Redaktionschluss Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. Inseratenannahme
durch Otto Kleine, Berlin SW. 47. Mäckerstr. 67.

Inmitten der Weltrevolution.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat, wenn auch in einer recht trübenden Zeit, die Gemühtung, mit ihrer Beurteilung der Einwirkungen des Krieges auf das wirtschaftliche Leben der Völker Recht behalten zu haben. Seit Jahr und Tag hat sie all die Wirtschaftsmenschen aus dem Arbeitgeber-, Arbeiter- und Parteilagern belämpft, die glauben, die bisherigen hochkapitalistischen Wirtschaftsformen durch den Krieg hindurch hinüber in den Frieden retten zu können. Die Weltrevolution ist im Gange. Die alte hochkapitalistische Wirtschaft, in der die tieferen Kriegursachen begründet liegen, hat durch den Krieg den Todesstoß bekommen. Es sind komplette Narren, die meinen, der jetzt zu Ende gehende Weltbrand hätte irgendwie verhindert werden können, etwa dadurch, daß wir auf die Flotte verzichtet hätten oder dergleichen mehr. Die hochkapitalistische Entwicklung aller Kulturvölker mit ihrem rücksichtslosen und ungeheuren Konkurrenzkampf häuften den Bündstoff im Pulverfaß. Der Funke in dieses Pulverfaß wurde allerdings, das steht nun ja geschichtlich und unrlücklich fest, nicht von Deutschland, sondern von seinen Feinden hineingeschleudert. Aber die tieferen Ursachen des Krieges liegen in unserer zügellosen privatkapitalistischen und mammonistischen Wirtschaftsweise ebenso, wenn auch vielleicht nicht in demselben Umfange begründet, wie in der der feindlichen Staaten.

Werden wir uns klar darüber: der Weltkrieg ist die Weltrevolution, wir stehen mitten drin. In Rußland setzte die Revolution das alte zaristische Regiment hinweg und mit ihm zugleich die alten Wirtschaftsformen. Der Kommunismus bolschewistischer Prägung herrscht. Selbst nach seinem Ende, das sich heute noch nicht zeitlich prophezeien läßt, wird in Rußland nicht mehr die alte Wirtschaftsweise ersehen. In Deutschland durchziehen wir zurzeit in der Entwicklung Jahrzehnte in wenigen Tagen. Die alte Regierungsform stürzte zusammen. Eine unblutige politische Revolution brach das parlamentarische System. Gleich, ob man es liebt oder haßt, es ist da und wird nicht mehr verschwinden. Der politischen Revolution wird auch bei uns die wirtschaftliche Revolution folgen, hoffentlich ebenso unblutig wie die erstgenannte. Deutschland dürfte das erste Land sein, in dem die Demokratie der Staatsgewalt keinen hochkapitalistischen Charakter wie etwa in England, Amerika oder Frankreich bekommen wird. Der Sozialismus ist bei uns schon zu stark. Seine Tendenzen, wenn auch nicht in der marxistischen Fassung, finden wir in der nichtsozialdemokratischen Arbeiter- und Angestellten-, beim Beamtenbewegung ebenso, wie bei den Genossenschaften, den Bodenreformern, den Anhängern von Rathenau. Deutschland, gezwungen durch seine ungeheuren Kriegslasten und seine

vorgeschrittene sozialistische Ideenwelt, wird in schnellem Tempo zur weitgehenden Sozialisierung unserer Wirtschaft übergehen. Durch sie wird auch indirekt die hochkapitalistische Demokratie der Ententestaaten den Todesstoß bekommen. Nicht mehr der Profit, sondern der Mensch, geschaffen nach Gottes Ebenbilde, wird in Zukunft im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen. Nicht mehr Profit, sondern Bedarfsdeckung wird Zweck der Wirtschaft sein. Beginnen werden wir mit der restlosen Erfassung aller Kriegsgewinne, mit teilweiser Beschlagnahme großer Vermögen zur Deckung der Kriegskosten, mit Ueberführung privatmonopolistischer Produktionszweige in die öffentliche Hand, mit Kontrolle und Mitbesitz der Banken und des Geldwesens durch den Staat, mit Erfaß des privatkapitalistischen Handels auch des genossenschaftlichen Handels, und dessen Unterstützung durch alle öffentlichen Gewalten, mit Bodenbesitzreform und Bodenenteignung für Wohn- und Siedlungszwecke. Freilich, einen Sozialismus starrer, marxistischer Prägung wird das deutsche Volk nicht ertragen. Einem Sozialismus, wie wir ihn vertreten, wird die Zukunft gehören. Die Motive werden wir uns nach wie vor nicht aus der materialistischen Ideenwelt der Sozialdemokratie, sondern aus der deutschen idealistischen und christlichen Ideenwelt holen. Zum Glück der Menschen gehört nicht nur ein voller Magen. Der neue sozialistische deutsche Wirtschaftsstaat braucht auch durchaus nicht republikanisch sein.

Schauen wir vorwärts, brechen wir auch mit dem Glauben, als ob unsere bürgerlichen Parteien sich mit heiler Haut durch diesen Krieg hindurchretten könnten. Die ökonomischen Umwälzungen werden auch, die noch ohne Zweifel in den bürgerlichen Parteien vorhandenen kapitalistischen Elemente mit den nationalen und christlich-sozialistischen Elementen in denselben Parteilagern aneinanderprallen lassen. Kulturpolitische Wände werden durch die wirtschaftlichen Gedanken und Tatsachen vorerst gesprengt werden. Rüstet wir uns, damit wir zur gegebenen Zeit den rechten Anschluß finden.

Den Glauben an ein neues Deutschland haben wir, das ist nach Vorstehendem wohl jedem klar, noch nicht verloren.

In einem sozialisierten neuen Deutschland wird soziale Gerechtigkeit wohnen, werden trotz aller Kriegsfolgen die Kulturgüter, wenn auch zunächst in bescheidenem Ausmaße, gleichmäßiger verteilt sein. Einen Unterschied der Stände wird es nach wie vor geben. Aber die Kluft zwischen Mammonisten und Besitzlosen wird nicht mehr sein. Auch für die Arbeiterschaft wird dann die Zeit kommen, wo für sie jede Einkommenserhöhung — im Gegensatz zu heute — einen Kulturfortschritt bedeutet. Auf dem Boden einer sozialisierten Wirtschaft werden sich tüchtige Persönlichkeiten ebenso erfolgreich auswirken können, als heute in der zügellosen privatkapitalistischen Wirtschaft. Antriebskräfte für den technischen Fortschritt werden auch ohne un-

gehemmten, persönlichen Profitanreiz vorhanden sein. Kunst und Wissenschaft werden sich frei und unabhängig von der mammonistischen Ueberkultur der Jetztzeit entfalten können. Ebenso die religiösen Faktoren, sofern sie sich nicht zum Verteidiger der dann verflorenen kapitalistischen Wirtschaftsperiode aufwerfen. Die wirtschaftlichen Hemmungen aller sittlichen und ideellen Ideen werden im wesentlichen beseitigt sein. Das neue deutsche Wirtschaftspolitik braucht selbstredend sittliche Lebensziele, denn sonst würde es, anstatt an dem mammonistischen Materialismus der Vergangenheit, an einem sozialistischen Materialismus zugrundegehen.

Die christlichen Gewerkschaften und die neue Lage.

Am 29. und 30. Oktober fand in Duisburg eine stark besuchte Ausschusssitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften statt, welche sich eingehend mit der durch die letzten Ereignisse geschaffenen Lage befaßte. Neben dem Bedauern und Schmerz über die schweren Schicksalsschläge, von denen unser Volk jetzt heimgesucht wird, kam jedoch die kraftvolle Entschlossenheit und der feste Wille zum Ausdruck, beim Wiederaufbau unseres nationalen und wirtschaftlichen Lebens mit allen Kräften mitzuwirken. Unser deutsches Volk habe die Kraft und müsse damit den eisernen Willen verbinden, sich wieder emporzuarbeiten. Wir dürfen unter keinen Umständen den Glauben an unsere Sache verlieren; zur Mutlosigkeit oder gar zum Verzweifeln sei keine Ursache vorhanden. Die weltgeschichtlichen, ohne Beispiel dastehenden Leistungen, die das deutsche Volk in vier schweren Kriegsjahren vollbracht habe, sicherten ihm einen ehrenvollen Platz unter den Völkern der Erde, sowie den berechtigten Anspruch auf Dasein- und Lebensmöglichkeit. Mit vollster Einmütigkeit wurde das Festhalten am monarchischen Gedanken von allen Rednern betont.

Die Treue zum angekauften Herrscherhaus und die Erwartungen auf ein soziales Volkstaisertum kamen unter dem Beifall aller Anwesenden spontan zum Ausdruck. Eine erzwungene Abdankung des Kaisers würde der deutschen Nation zum Verhängnis werden, weil das der erste Schritt zur Sprengung des Deutschen Reiches und zum bolschewistischen Chaos sein würde. Die Stellungnahme der christlich organisierten Arbeiterschaft wurde in folgendem Telegramm an den Kaiser niedergelegt:

„Die christlich-nationale Arbeiterschaft, getragen von dem ernsten Bestreben, auf der Grundlage eines lebensstarken Christentums, starken Gemeinfinnes, ausgeprägten Nationalbewusstseins und einer geläuterten Demokratie Deutschlands Zukunft unter scharfer Abjage an alle bolschewistischen Bestrebungen in ruhiger, planvoller Arbeit aufzubauen, erachtet unter den neuen Verhältnissen in einem echten Volkstaisertum ein wertvolles Unterpfand für die Verwirklichung ihrer Erwartungen. Unabhängig von Günst und Ungünst der Verhältnisse, in Glück und Unglück standen wir und stehen wir in Treue zu Ew. Majestät. Seit den Tagen, wo das Heilige Römische Reich deutscher Nation zerfallen ist, ging die heiße Sehnsucht durch das deutsche Volk, unter einem deutschen Kaiser wieder geeinigt zu werden. Unter unsäglichen Mühen ist die Einigung gelungen. Sie hat dem deutschen Volke neue Lebensblüte gebracht. Mit der vorbildlich gewordenen deutschen Sozialpolitik hat sich das deutsche Kaisertum ein unvergängliches Denkmal im Herzen der deutschen Arbeiterschaft gesetzt. Wir leben in der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk auch unter den veränderten Verhältnissen sich erneut zu einer achtungsgebietenden Stellung emporarbeiten wird. Auf dieses hohe Ziel soll die Tätigkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung immerdar eingestellt sein.“

Die Entwicklung unseres deutschen Verfassungslebens zum demokratischen Volkstaat wurde als staatliche Notwendigkeit an-

erkannt und im Interesse unserer Zukunftsentwicklung begrüßt. Die jetzige Regierung müsse von allen Schichten des Volkes, ungeachtet ihrer politischen Anschauungen, nach Kräften in ihren Friedensbemühungen unterstützt werden. Jede Ministerarbeit, sowohl von rechts wie von links, sei in dieser ernsten Stunde dem Wohl der Gesamtheit nachteilig und müsse aufs schärfste zurückgewiesen werden. Nach dem völligen Zusammenbruch unserer Verbündeten sei Deutschland auf sich ganz allein gestellt. Inaert Geschlossenheit sei jetzt die erste Vorbedingung, um einen erträglichen Frieden zu bekommen. Wir mühten uns damit abfinden, daß dieser Frieden uns schmerzliche Opfer auferlegen würde. Einen schwachpollen Unterwerfungsfrieden, der uns entehren und die Lebensmöglichkeiten der Zukunft unterbinden werde, mühte das deutsche Volk jedoch mit aller Entschiedenheit ablehnen. In diesem Falle würde ein Kampf bis zum bitteren Ende unvermeidlich sein. Dann aber wären grundlegende Reformen in unserem militärischen wie wirtschaftlichen System unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung einer unzerbrechlichen Einheitsfront. Zu fordern wäre dann für die Armee:

1. die Einheitsverpflegung von Offizieren und Mannschaften, die nur durch Abschaffung der Offiziersküchen zu erreichen ist.

2. radikales Verbot der Samstags- von Lebensmittel, die auf Kosten der Mannschafsverpflegung aus der Armee nach Hause geschickt werden;

3. Reformen des Beförderungswesens, insbesondere Abschaffung der Voraussetzung des Einjährigzweimonats für die Offizierslaufbahn;

4. allseitige anständige Behandlung der Soldaten;

5. Reform der Entlohnung zwischen Mannschaften und Offizieren.

Für die innere Front in der Heimat ständen folgende dringliche Forderungen im Vordergrund:

1. radikale Maßnahmen der schärfsten Art gegen jeglichen Wucher;

2. vollständige Erfassung aller Kriegsgewinne, auch der kleinen, zugunsten der Allgemeinheit. — Auf Verzehrung während der Kriegszeit habe niemand einen Anspruch. Unsere Soldaten, die vier Jahre gekämpft und Blut und Leben für die Volksgemeinschaft eingesetzt, hätten mehr geleistet wie irgend jemand in der Heimat, und hätten dabei keine Gelegenheit zum Geldverdienen gehabt; —

3. schärfster Kampf gegen das ärgerniserregende Drohen- und Sälemmerleben breiter, wohlhabender Schichten;

4. verstärkte soziale Fürsorge für die Armen. Vor allem Erleichterung in der Beschaffung von Kleidung, Schuhzeug, Wäsche usw.;

5. enge Zusammenarbeiten zwischen Behörden und Vertretern der großen Volksorganisationen; nicht nur bei den Zentralstellen in Berlin, sondern auch im Lande;

6. beschleunigte Regelung der Arbeitslosenfürsorge, da nach dem Abschluß des Waffenstillstandes bezw. Kriegsende mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Diese Forderungen, die einmütig von der Ausschusssitzung erhoben wurden, sollen durch die Vertreter der Organisationen bei den zuständigen Stellen mit allem Nachdruck vertreten werden. — Die Tagung war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in den weltgeschichtlichen Umwälzungen der Gegenwart und bei dem zukünftigen Wiederaufbau unseres deutschen Volkslebens die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen habe.

Sorge für heimkehrende Krieger.

Die Reichsbekleidungsstelle hat, wie der Konfektionär berichtet, einen Versorgungsplan bekanntgegeben, wonach 750 000 Anzüge und 250 000 Mäntel aus getragenen Militärsachen und 500 000 neue Anzüge für bedürftige entlassene Krieger bestimmt sind. Zunächst werden nur Anzüge und Mäntel aus getragenen Militärsachen abgegeben. Neue Anzüge müssen erst angefertigt werden, so daß eine Abgabe von neuen Anzügen bis auf weiteres noch nicht möglich ist.

Die Anzüge und Mäntel werden nur an bedürftige Entlassene abgegeben. Nach der Bekanntmachung ist bedürftig, wer keinen noch brauchbaren bürgerlichen Anzug oder Mantel besitzt und derart unbemittelt ist, daß er sich diese Kleidungsstücke im freien Verkehr zu den dafür üblichen angemessenen Preisen nicht kaufen kann. 200 000 Anzüge und 50 000 Mäntel werden an die Ärmsten der Entlassenen unentgeltlich abgegeben. Bei den übrigen Kleidungsstücken gewährt das Reich einen Zuschuß von 10 bis 14 Mk. zur Verbilligung. Hierfür hat das Reichskassament 21 Mill. Mk. bewilligt.

Mit der Abgabe der Kleidungsstücke sind die Kommunalverbände beauftragt worden. Die Dienststellen, die die Anträge der entlassenen Krieger entgegennehmen, und die Abgabestellen der Anzüge werden von den Kommunalverbänden in den Tageszeitungen, durch Anschläge in den Dienstgebäuden und auf öffentlichen Straßen und Plätzen bekanntgegeben werden. Die Abgabe der Kleidungsstücke erfolgt nur in den Kommunalverbänden, nach denen die Krieger nach dem Inhalt ihrer Militärpapiere von den Truppenteilen entlassen worden sind. Bei der Antragstellung ist der Militärpaß mitzubringen. Wird das Gesuch genehmigt, so wird den Entlassenen eine Bedürftigkeitsbescheinigung ausgestellt. Nur gegen diese Bescheinigung und einen Bezugsschein der örtlich zuständigen Stelle erhält er die Kleidungsstücke.

Es werden nur solche bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine versorgt, die während des Krieges aus allen militärischen Verhältnissen oder nach dem Krieges infolge der Abrüstung entlassen werden. Wer während des Krieges infolge Reklamation zur Aufnahme von Arbeiten usw. entlassen wird und dessen Wiedereinziehung zum Heeresdienst nicht abgeschlossen ist, wird auf diesem Wege nicht versorgt. Die Entlassenen erhalten nur einmal unmittelbar nach der Entlassung einen Anzug oder Mantel. Wer nach einem Kommunalverband entlassen wird, in dem er vor seiner Einberufung nicht gewohnt und gearbeitet hat, dem wird empfohlen, sich die Bedürftigkeit bei seinem Truppenteile bescheinigen zu lassen, damit die Prüfung der Bedürftigkeit im Kommunalverbande vereinfacht wird.

Außer den Kleidungsstücken, die die Reichsbekleidungsstelle an die Kommunalverbände liefert, werden auch von den Kommunalverbänden selbst Anzüge und Mäntel aufgebracht. Sie müssen nach der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 23. Juli 1917 ein Drittel der getragenen Männeroberkleidung, die sie in ihren Abkleidungsstellen gesammelt haben, für bedürftige entlassene Krieger zurückerhalten und dürfen sie nur an solche abgeben. Dadurch werden außer den von der Reichsbekleidungsstelle zu schaffenden 1 250 000 Anzügen und 250 000 Mänteln noch weitere erhebliche Mengen für die entlassenen Krieger zur Verfügung gestellt.

Zur Organisation der Heeresentlassenen.

Über die Organisation der Kriegsbeschädigten herrscht zurzeit noch vielfach Unklarheit in der Öffentlichkeit. Seit Jahren besteht ein Durcheinander von Verbänden und Vereinigungen, so daß eine Uebersicht lange Zeit erschwert war. In neuerer Zeit zeigen sich jedoch klare Linien, und man kann die Richtungen erkennen, die sich als die Führenden herausstellen. Da sind zunächst die alten Kriegervereine, die bei ihrer weiterentwickelten Organisation bei der behördlichen und öffentlichen

Unterstützung immer noch eine gewisse Anziehungskraft ausüben. Die Kriegsbeschädigten und die jetzigen Kriegsteilnehmer wollen in ihrer Mehrzahl allerdings von den Kriegervereinen wegen deren sozialpolitischer Rückständigkeit nicht viel wissen. Eine Vereinigung, die in Zukunft Bedeutung erlangen kann, ist der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“. Der Reichsbund lehnt sich eng an die sozialdemokratische Partei und an die freien Gewerkschaften an, und tritt mancher Orte ziemlich radikal auf. Er will zwar politisch neutral sein, doch glaubt ihm das niemand, der ihn näher kennt. Die meiste Aussicht sich zu einer einflussreichen Bewegung auszuwachsen, hat der Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer, dessen Vorsitzender der Reichstagsabgeordnete Behrens ist. Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich Berlin S.W. 68, Kochstraße 9. Dieser Verband lehnt sich an den größten Teil der wirtschaftlichen Berufs- und Standesorganisationen der Arbeiter und Angestellten, der Beamten, der Handwerker, der landwirtschaftlichen und freien Berufe an, und arbeitet mit diesen Organisationen gemeinsam an der Hebung der Lage der Kriegsbeschädigten. Dieser Verband umschließt Anhänger von Parteien aller Richtungen und hat sich die Mitarbeit einer großen Anzahl von Politikern gesichert. Außer diesen drei Richtungen gibt es noch einige kleinere Vereinigungen, die aber über kurz oder lang den Anschluß an eine große Organisation suchen und finden müssen. Diese Gründungen haben sich zum größten Teil als nicht lebenskräftig erwiesen, wie z. B. der Essener Verband, der sich in voller Auflösung befindet. Andere Gruppen, wie z. B. der Rürnberger Bund und der Hamburger Bund pendeln noch hin und her; sie werden vielleicht über kurz oder lang auseinanderfallen, und ihre Reste werden von den großen Organisationen aufgesogen. Manche dieser kleineren Gebilde sind schon verschwunden, so hat sich der Münchener Bund kürzlich mit den bayerischen Kriegervereinen zu dem kgl. Bayerischen Kriegerbunde vereinigt und der Württembergische Landesverband ist in dem obengenannten Verbande deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer aufgegangen. Letzterer, der sog. Behrensche Verband steht noch mit weiteren Gruppen in Unterhandlungen wegen des Anschlusses. Jedem Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer, der seine wirtschaftlichen Interessen in zweckdienlicher Weise vertreten sehen will, kann der Anschluß an diesen Verband nur empfohlen werden.

Mehr Nähgarn.

Auf unsere Eingabe an die Kriegs-Rohstoffabteilung um Bereitstellung von mehr Rohstoffe zur Nähgarnherstellung ist uns folgende Antwort zugegangen:

Die Mengen von Rohgarn, die der Kriegswirtschaft überwiehen werden, erreichen die Grenze der Produktionsfähigkeit dieser Industrie. Eine reichlichere Nähgarnversorgung könnte mithin durch erhöhte Zuweisung von Nähgarn nicht herbeigeführt werden. Die Kriegs-Rohstoffabteilung hat jedoch bereits vor einiger Zeit der Reichsbekleidungsstelle aus den Beständen der Heeresverwaltung eine gewisse Menge fertiger Nähgarne überwiehen. Es darf daher mit einer baldigen Verbesserung der Nähfadenversorgung gerechnet werden. (Unterschrift.)

Lohnzulagen in der Maßschneiderei.

Am 4. und 5. November verhandelten die Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband unter dem Vorsitz von Unparteiischen in Weimar über Lohnzulagen für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Maßschneiderei. Die Zulagen wurden wiederum in der Form einer Teuerungszulage bewilligt und sind mit insgesamt 90 Proz. auf den tariflichen Friedenslohn zu berechnen. Bisher betrug die Zulage auf diese Friedenslöhne 60 Proz., somit sind jetzt 30 Proz. neu bewilligt worden.

Die Arbeitszeit wurde auf 9 Stunden festgelegt. Für die Herabsetzung der Arbeitszeit ist für die Zeitlohnarbeiter (ausschließlich der Akkordtagsschneider) folgender Lohnausgleich geschaffen: Beträgt die tariflich vorgesehene Arbeitszeit über 10 Stunden, so wird auf den Tariffundenlohn 12½ Proz. zugeschlagen, bei 10 Stunden 10 Proz. und bei 9½ Stunden 5 Proz. Diese Zuschläge sind örtlich zu berechnen und tariflich festzulegen. Eine Erhöhung des Heimarbeiterszuschlages ist abgelehnt. Die Neuregelung, also der Teuerungszuschlag und die Arbeitszeitverkürzung tritt am 18. November 1918 in Kraft.

und ist der Zuschlag von da ab für alle Arbeiten zu zahlen, die zum Verrechnen kommen. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt sind, so kann man doch mit dem Ergebnis zufrieden sein, und wird den Mitgliedern die Annahme empfohlen.

Verbandsnachrichten.

- Mitglieder!** **Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Euer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.**
- Der 45. **Wochenbeitrag** ist fällig für die Woche vom 10. November bis 16. November.
- Der 46. **Wochenbeitrag** ist fällig für die Woche vom 17. November bis 23. November.
- Der 47. **Wochenbeitrag** ist fällig für die Woche vom 24. November bis 30. November.
- Der 48. **Wochenbeitrag** ist fällig für die Woche vom 1. Dezember bis 7. Dezember.

Bis zum 4. November haben für das dritte Quartal noch folgende Zahlstellen abgerechnet: 1. Bezirk: Augsburg, Eichenreuth — 2. Bezirk: Eisenbach, Speyer, Würzburg — 3. Bezirk: Grefeld, Essen, Hamm — 4. Bezirk: Bremen, 5. Bezirk: Breslau, Beuthen, Danzig, Dresden, Gindenburg und Landeshut.

Aus den Zahlstellen.

Grefeld. Wie im letzten Winterhalbjahr, so hat auch für diesen Winter das Kartell der christlichen Gewerkschaften beschlossen, gemeinsame Versammlungen abzuhalten und dazu auch die Frauen der Mitglieder einzuladen. Bekanntlich sind die Versammlungen der Ortsgruppen nicht so besonders besucht, daß auch das Nötige geboten werden kann und es auch eine Kräftevergeudung bedeuten würde, wenn zu diesen Versammlungen auswärtige Kollegen beistellt und die allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaften erörtert würden. Das Ortskartell hat es sich zur Aufgabe gestellt, in diesen gemeinschaftlichen Versammlungen etwas zu bieten und es darf daher auch erwartet werden, daß wenn der Ruf an die Kollegen ergeht, die Versammlungen gut besucht werden. Wir haben es jetzt mehr denn je notwendig, daß wir orientiert sind, daß wir wissen, welche Aufgaben am dringendsten sind und wie sie am besten durchgeführt werden. Am Sonntag, den 27. Oktober, hat die erste Versammlung für das Winterhalbjahr stattgefunden, die den Umständen nach hätte besser besucht sein können. Es gibt hier auch keine Entschuldigung, da in demselben Lokale der Schantraum außerordentlich gut besucht war und zwar von christlich organisierten Arbeitern. Man sollte bald meinen, der Ernst der Zeit würde von vielen nicht verstanden. Darum abgeschüttelt die Gleichgültigkeit, und auch, wenn es gilt, einmal einige Stunden für die wichtigsten Interessen geopfert, bildet doch die gewerkschaftliche Betätigung die Grundlage, auf der wir auch in der Zukunft stehen müssen und der wir nicht entzogen werden können. Ohne die tätige Mitarbeit aller, werden aber die Aufgaben, die uns bevorstehen, nicht, oder doch nicht in der befriedigenden Weise erfüllt werden können. Darum, auf an die Arbeit! Es ist höchste Zeit!

Breslau. Am 31. Oktober sprach Kollege Kollé in einer öffentlichen Versammlung über folgende Punkte: 1. Entspricht der Lohn in der Herren- und Damenschneiderei noch den teuren Lebensverhältnissen? 2. Welche Arbeitslöhne sind ab 15. Okt. 1918 in der Herren- und Knabenkonfektion zu bezahlen? 3. Die besondere Entlohnung der Verarbeitung Rücken ohne Futter. Nachdem Redner die Vorgeschichte der gegenwärtig gezahlten Feuerungszulagen besprochen hatte, wies er durch amtliches Material nach, daß die Zuschläge unzulänglich genügen können. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Breslau sind die Preise für ein Pfund folgender Lebensmittel von April 1914 bis Oktober 1918 wie folgt gestiegen: Rindfleisch (Keule) von 0,98 M. auf 2,84 M., Rochfleisch von 0,87 auf 2,20 M., Kalbfleisch (Keule) von 1,08 M. auf 2 M., Kartoffeln von 1 auf 10 Pf., Weizen von 3 auf 14 Pf., Quark (Weisfäse) von 20 auf 75 Pf., Eier Stück von 6 auf 36 Pf., Zucker von 24 auf 39 Pf., Brot von 12 auf 25 Pf., Vollmilch (Rifer) von 19 auf 44 Pf. usw. Während bei Brot die Steigerung 100 Proz. beträgt, beträgt sie bei den meisten anderen Artikeln mehr wie 250 Proz., bei Eiern sogar 600 Proz. und sind noch nicht zu haben. Die Steigerung der Preise für Heizungs- und Beleuchtungs-material bewegt sich auch in der Höhe von rund 300 Proz. Bei Bekleidungs- und Wirtschaftsgegenständen ist die Steigerung noch bedeutend höher; außerdem sind die Ausgaben für Steuern und Mieten bedeutend größer geworden. Was bedeutet bei einer

solchen Steigerung der Lohnzuschlag von 60 Proz. in der Maßschneiderei und von 85 Proz. in der Damen-Engroskonfektion?

Nachdem Redner die neuerlichen Lohnzuschläge in der Herren- und Knabenkonfektion besprochen hatte, ging er auf die Verordnung der Reichsbekleidungsstelle vom 30. Juni 1918 wonach Koppen nur noch ohne Leibfutter, und Röcke, Paletots, Sackos und Westen nur noch ohne Rückenfutter verarbeitet werden dürfen. Diese Arbeit erfordere schon in der Konfektion mehr wie eine Stunde Mehrarbeit, aber trotzdem haben sich alle Breslauer Unternehmer bis auf einen bisher nicht entschließen können, diese Mehrarbeit extra zu bezahlen. Und dieser eine der auch nur 20 Pf. dafür bezahlte, hat schon nach wenigen Wochen auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes die Mehrzahlung wieder eingestellt. Am Schluß des Vortrages verlas der Referent folgende Entschliebung, welche einstimmig angenommen wurde:

Entschliebung:

Die am 31. Oktober 1918 stattfindende öffentliche Schneider- und Schneiderinnenversammlung erachtet die Arbeitslöhne im Schneidergewerbe insbesondere in der gesamten Maß- und Uniformschneiderei, sowie in der Damen- und Kinderkonfektion in Anbetracht der auf allen Gebieten immer höher steigenden Teuerung der Lebenslage als unzureichend. In diesen Branchen muß mindestens der gleiche Lohnzuschlag von 100 Proz. auf die Friedenslöhne in Kraft treten, wie dieses ab 15. Oktober in der Herren- und Knabenkonfektion gechehen ist. Des weiteren fordert die Versammlung eine entsprechende Bezahlung für die Mehrarbeit, die die Verarbeitung der Rücken ohne Futter verursacht, und beauftragt die Verbandsleitung bei den zuständigen Stellen unverzüglich entsprechende Anträge zu stellen.

Die Versammlung fordert alle Nichtorganisierten zur Mitarbeit auf und verspricht, mit allen erlaubten Mitteln für diese Forderungen einzutreten.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Mitglieder:

- Franz Kalper,** Graudenz,
- Konstantin Gaddorf,** Münster,
- Joseph Behr,** Leipzig,
- Hermann Franz,** Stegitz,
- Frieda Materne,** Breslau,
- Gertrud Freißl,** "
- Margarethe Vogt,** "
- Frieda Kroll,** "
- Alara Hauke,** "
- Anna Stieber,** "

Die Zahlstellen werden den Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.



Den Heldentod fürs Vaterland starb der Kollege

Robert Nitsche

Mitglied der Zahlstelle Breslau.

Ehre seinem Andenken!

Bisher wurden uns durch den Krieg 158 treue Verbandsmitglieder entzissen.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: A. Schwarzmann, Köln; für den Infertatenteil: O. Meine, Berlin SW, 47, Mörkertstr. 67; Druck: Köln-Chrenfelder Handelsdruckerei.